



CDU

Stadtverband Bocholt

Geschäftsstelle:

An den
Sprecher der CDU-Fraktion
im Regionalrat Münsterland
Hr. Eckart Ballenthin
Droste-Hülshoff-Str. 12
48703 Stadtlohn
eckart@ballenthin.de

Kreuzstraße 11, 46395 Bocholt
Postfach 1264, 46362 Bocholt
Telefon: (02871) 23147
Telefax: (02871) 23149
<http://www.cdu-bocholt.de>
eMail: geschaefsstelle@cdu-bocholt.de

07.02.2012

Regionalplan Münsterland: Ausweisung einer ca. 90 ha großen Fläche für die Auskiesung in Bocholt-Suderwick

Sehr geehrter Herr Ballenthin,

wie Sie vermutlich schon wissen, ist die Bocholter CDU, aber auch alle anderen im Rat der Stadt Bocholt vertretenen Parteien gegen eine Auskiesung im Bocholter Ortsteil Suderwick. Sie würde neuerdings planungsrechtlich ermöglicht, wenn die im Regionalplanentwurf neu ausgewiesenen 90 Hektar, nordöstlich von Suderwick gelegen, im fortgeschriebenen Regionalplan tatsächlich als Ausgrabungsfläche für den Kiesabbau verbleibt.

Wir möchten die CDU-Fraktion im Regionalrat daher bitten, unsere Ablehnung zu unterstützen und sich für eine ersatzlose Streichung dieser Fläche für die Auskiesung im Regionalplan einzusetzen.

Hierzu möchten wir Sie durch nachfolgende Informationen und Argumente unterstützen:

Initiiert wurde die Eintragung durch die in Rees ansässige Niederrheinische Kies- und Sandbaggerei NKSB, ein Unternehmen der Holemans-Gruppe, die mittlerweile ihr Investitionsvorhaben in einer Sitzung des Ausschusses für Planung und Bau am 31.1.2012 im Bocholter Rathaus der Öffentlichkeit erläuterte.

Die Stadt Bocholt hat bereits im Juni 2011 ebenfalls große Bedenken gegen ein solches Vorhaben geäußert und ist fest entschlossen, mit Unterstützung aller Fraktionen im Rat der Stadt Bocholt, die Interessen der Stadt durch den Einsatz von den planungsrechtlich zur Verfügung stehenden Instrumenten zu sichern.

Aus lokaler Sicht der Bocholter CDU überwiegen die Gründe, die gegen eine Auskiesung an diesem Standort sprechen, bei weitem die Vorteile.

Die Nutznießer dieser Maßnahme wären an einer Hand abzuzählen:

1. Der Investor sichert sich die Möglichkeit, sein Umsatzvolumen langfristig aufrecht zu erhalten oder sogar zu erweitern.
2. Der Grundstücksinhaber erhält die Möglichkeit, seine im Auskiesungsgebiet gelegenen Flächen zu Preisen zu veräußern, die dem Mehrfachen der ortsüblichen Acker- und Weidelandpreise entsprechen.
3. Vor Ort beheimatete Beton- und Baustoffunternehmen erhalten Baustoffe zu dauerhaft niedrigen Preisen.
4. Das vom Investor gerne angeführte Argument, mit dieser Investition Arbeitsplätze zu schaffen, können wir insgesamt gesehen nicht nachvollziehen, da zum einen im

Gegenzug Arbeitsplätze in der Landwirtschaft entfallen und zum anderen die benötigten Arbeitskräfte vorwiegend anderenorts von erschöpften Ausgrabungsstellen abgezogen werden.

5. Auch die vom Investor angeführte Folgenutzung des verbleibenden Sees für Bade- und Wassersportzwecke sehen wir für unsere Region als nicht wünschenswert an. In der näheren Umgebung befinden sich bereits eine Vielzahl von derartigen Freizeitmöglichkeiten und ein neuer See würde lediglich das bereits vorhandene Überangebot nochmals vergrößern. Die damit verbundene Ausdünnung der Besucherzahlen würde zu einer weiteren Reduzierung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit der Seen insgesamt führen.

Wir sehen hingegen folgende Nachteile:

1. Durch die Auskiesung und durch die Ausgleichsflächen gehen wertvolle landwirtschaftliche Nutzflächen in einer Größenordnung, die etwa dem vierfachen der eigentlichen Auskiesungsfläche entsprechen, unwiederbringlich verloren.
2. Die ortsansässige Landwirtschaft hat durch den sich weiter verschärfenden Preisdruck für Grund und Boden das Nachsehen.
3. Eine heute für die Nacherholung genutzte, einzigartige Kulturlandschaft im Deutsch-Niederländischen Grenzgebiet wird zerstört.
4. Durch die räumliche Nähe des Auskiesungsvorhabens zum Ortsteil Suderwick haben die Anwohner mit erheblicher Lärm- und Staubbelastung zu rechnen.
5. Das vorhandene Straßenverkehrsnetz ist nur bedingt darauf vorbereitet, die durch die Auskiesung entstehenden zusätzlichen Verkehre aufzunehmen. Es wird mit etwa 400 Lkw's pro Tag gerechnet, die zudem wegen ihrer Sondergenehmigung, mit 50 Tonnen zu fahren, die Straßen erheblich belasten werden.
6. Die Verkehrssicherheit wird durch den zusätzlichen Schwerlastverkehr beeinträchtigt.
7. Bedingt durch das Höhenprofil des Auskiesungsgebietes ist an den Rändern der Ausgrabung mit einer Veränderung des Grundwasserspiegels zu rechnen. In den angrenzenden, höher gelegenen Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten muss deshalb mit einer Absenkung gerechnet werden. Bachläufe und Feuchtbiotope können hierdurch trocken gelegt werden.
Umgekehrt ist im angrenzenden, niedriger gelegenen Ortsteil Suderwick mit einer Erhöhung des Grundwasserspiegels zu rechnen, die in der Bauwerksplanung von bestehenden Bauwerken nicht berücksichtigt werden konnte.

Die Durchschlagskraft von Argumenten ist dann besonders groß, wenn sie weniger aus lokaler Sicht, als aus regionaler Sicht vorgebracht werden und es müssen die Vor- und Nachteile gegeneinander abgewogen werden:

Sicherlich müssen auch in unserer Region lokal Nachteile in Kauf genommen werden, um die Versorgungssicherheit mit Kies und anderen Baustoffen für die Gesamtregion auch in Zukunft sicherstellen zu können. Nach unserer Meinung wird dieses jedoch durch die bereits vorhandenen Auskiesungsflächen und das Erweiterungspotenzial derselben gewährleistet. Etwa 80% des derzeit durch die NKSB gewonnenen Kieses verbleiben keinesfalls in unserer Region, sondern werden auf direktem Weg in die Niederlande exportiert.

Hiergegen wäre auch aus regionaler Sicht nichts einzuwenden, wenn nicht die geltende Genehmigungspraxis für derartige Vorhaben in den Niederlanden im Vergleich zu der Vorgehensweise in NRW zu einer Wettbewerbsverzerrung führen würde.

In den Niederlanden muss nämlich für die Durchsetzung eines solchen Vorhabens ein gesellschaftlicher Mehrwert nachgewiesen werden, was jedoch in der Praxis so gut wie nie gelingt. Dieses führt dazu, dass, im Vergleich zu der Situation bei uns, dort der Kies knapp und teuer ist und dem hiesigen Kiesabbau Wettbewerbsvorteile beschert.

Es ist daher auch aus Sicht unserer Region nicht einzusehen, warum wir für den Profit einiger weniger diese unumkehrbare Landschaftszerstörung in Verbindung mit all den vorgenannten Nachteilen in Kauf nehmen sollen.

Es sollte vielmehr seitens des Landes darauf gedrungen werden, dass die Genehmigungsverfahren und -praxis zwischen NRW und den Niederlanden harmonisiert werden.

Wir hoffen, Ihnen hiermit einen groben Überblick über unsere Situation in dieser Sache gegeben zu haben, dass wir Ihnen genügend stichhaltige Argumente liefern konnten, die unsere Position unterstützen.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen jedoch gerne zur Verfügung und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Helmut Eing
Stadtverbandsvorsitzender

Herbert Panofen
Vorsitzender
CDU-Ratsfraktion

Theo Sanders
Kreistagsabgeordneter